

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Frankreich an einem Scheideweg

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weinert, Günter (1995) : Frankreich an einem Scheideweg, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 12, pp. 636-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137301>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die jüngsten Dauerstreiks in Frankreich, die namentlich den öffentlichen Verkehr, aber auch andere öffentliche Dienste sowie die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft getroffen haben, sind die schwersten Arbeitskämpfe seit langem. Sie erinnern hinsichtlich des innenpolitischen Umfelds und ihrer Hartnäckigkeit an die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bergarbeitern in Großbritannien zu Anfang der achtziger Jahre. Ähnlich wie damals dürfte der Ausgang eine grundlegende Weichenstellung für die erst kurz im Amt befindliche Regierung bedeuten.

Letztlich richten sich die Streiks in Frankreich vor allem gegen das Bemühen der Regierung, die Expansion des Wohlfahrtsstaates wieder mit den ökonomischen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich nicht zuletzt aus dem hohen, in den letzten Jahren rasch gestiegenen Defizit in der Sozialversicherung. Um diese Entwicklung wieder umzukehren, plant die Regierung eine zusätzliche Sozialabgabe sowie Leistungskürzungen. Zugleich sollen soziale Privilegien im öffentlichen Sektor abgebaut werden. Die hohen Defizite der Eisenbahn, um deren Verringerung es bei dem Streik in diesem Bereich geht, sind erheblich durch die besonders großzügigen sozialen Regelungen für ihre Bediensteten bedingt. Das alles steht, wie schon die Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte im Sommer, in herbem Gegensatz zu den im Wahlkampf im Frühjahr in Aussicht gestellten Steuersenkungen.

Die Probleme in Frankreich sind – abgesehen von den (Ent)täuschungen der Wähler und von kommunikativen Defiziten bei den „Kombattanten“ - in hohem Grade symptomatisch für Westeuropa. Nach jahrzehntelanger überdurchschnittlicher Expansion der Sozialausgaben lassen sich Maßnahmen zu ihrer Bremsung schließlich nicht mehr vermeiden. Dies zeigte sich in



Günter Weinert

Frankreich an einem Scheideweg

den letzten Jahren besonders deutlich in Schweden, Belgien und zuletzt Italien. Wird der Zeitpunkt für eine Neuorientierung im sozialen Bereich zu lange hinausgeschoben, sind die gesellschaftlichen Spannungen am Ende um so größer.

In Frankreich haben die Regierungen der letzten Jahre mit derartigen Reformen immer wieder gezögert. Weil der Spielraum für Abgabenerhöhungen bei einer Abgabenquote von fast 50% des Bruttoinlandsprodukts eng wurde, waren steigende Defizite des Staates die Folge. Eine Fortsetzung der Kreditfinanzierung scheidet jetzt als ökonomisch vertretbare Alternative aus, zumal es sich bei den Sozialausgaben um konsumtive Aufwendungen handelt. Andernfalls würden die Wachstumsbedingungen durch die Verdrängung von Investitionen nachhaltig beeinträchtigt. Ohnehin ist das gesamtwirtschaftliche Finanzierungsdefizit von über 5% des Bruttoinlandsprodukts zu mehr als zwei Dritteln bereits struktureller Natur.

Die gesamtstaatliche Schuldenquote näherte sich in den letzten Jahren rasch der 60%-Marke. Auch hiermit wurde das Datum des 1. Januar 1999 als effektiver Starttermin der Europäischen Währungsunion zum Katalysator – wenn

auch keineswegs zur Ursache – für die rigiden Konsolidierungsmaßnahmen mit Blick auf die für die Qualifizierung im Vertrag von Maastricht vorgesehenen finanzwirtschaftlichen Kriterien. Deren Erfüllung ist schon bei den bisher geltenden Budgetplänen angesichts der zugrundegelegten relativ optimistischen Projektion der Konjunktur nicht gesichert. Die Fragezeichen verstärken sich durch die streikbedingte Verringerung der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion und die damit verbundenen Einnahmeausfälle.

Gibt aber die französische Regierung bei der jetzigen Machtprobe nach, sind die finanzwirtschaftlichen Kriterien im „Qualifikationsjahr“ 1997 von Frankreich gewiß nicht zu erfüllen. Höhere Ausgaben führen dann entweder zu einem höheren Defizit oder zu weiteren Abgabensteigerungen, die wiederum die Konjunktur dämpfen. Zudem könnte bei einem Nachgeben der Regierung die Erfüllung anderer Maastricht-Kriterien in Gefahr geraten. Dies gilt insbesondere für den Wechselkurs, der mindestens zwei Jahre lang im EWS ohne Abwertung innerhalb der „normalen“ Bandbreite gelegen haben soll. Die Stabilität des Franc-Kurses in den Streikwochen ist wohl in erster Linie auf die Erwartung der Finanzmärkte zurückzuführen, daß sich die Regierung letztlich durchsetzen werde. Wiche sie jetzt deutlich zurück, dürfte es zu einem erheblichen Abwertungsdruck auf den Franc kommen. Die seit Jahren verfolgte Politik des „franc fort“ mit ihrer nachhaltigen Dämpfung des internen Kosten- und Preisauflriebs könnte so um ihre Früchte gebracht werden. Da eine Währungsunion ohne Frankreich, als wesentlicher Motor des europäischen Integrationsprozesses, wenig Sinn hat, könnten so die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Nachbarland schließlich den Weg in die Europäische Währungsunion im Jahre 1999 blockieren.